

## DER MARKT IM MITTELEUROPA DER ZWISCHENKRIEGSZEIT: DER KAPITAL-, WAREN- UND ARBEITSMARKT

Der Zerfall Österreich-Ungarns zerstörte einen der größten arbeitsteiligen Märkte und führte angesichts neuer, nationalstaatlicher Grenzen zu veränderten Rahmenbedingungen, die sowohl die Bildung kleinerer Märkte notwendig machten als auch den Kapital- und Warenverkehr erschwerten. Mit den Bedingungen und Charakteristika des Marktes im Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit beschäftigte sich eine Tagung, die im Rahmen des Projektes „Die wirtschaftspolitische Rolle Österreichs im Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit“ vom 16. bis 19. Mai 1994 an der Karls-Universität in Prag von den Instituten für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Karls-Universität und der Wirtschaftsuniversität Wien veranstaltet wurde.

In einem ausführlichen Eingangsreferat beschäftigte sich Bo Gustafsson (Uppsala) mit dem Markt und seinen Mechanismen in allgemeiner Form. Er definierte den Begriff Markt und untersuchte, wie Märkte funktionieren und welches die Vor- und Nachteile einer Marktwirtschaft sind. Es waren insbesondere die krisenhaften Erscheinungen, die den Markt in der Zwischenkriegszeit prägten, und dies spiegelte sich auch im zeitgenössischen ökonomischen und politischen Denken in Österreich wider, mit dem sich Alois Mosser (Wien) auseinandersetzte. Dem Staat schrieb man die Aufgabe zu, das gesellschaftliche Gleichgewicht wiederherzustellen. Die ergriffenen Maßnahmen erwiesen sich nicht selten als kontraproduktiv.

Die Diskussion über die österreichische Wirtschaftspolitik eröffnete György Köver (Budapest), der darauf hinwies, daß die Auflösung der Donaumonarchie keine wirtschaftlichen Ursachen hatte. Zdeněk Jindra (Prag) setzte sich mit dem deutschen Mitteleuropa-Konzept und dem österreichischen Anschlußbegehren auseinander. Während für Deutschland der Mitteleuropa-Gedanke überwiegend wirtschaftlich und geopolitisch motiviert war, orientierten sich die Anhänger der Mitteleuropa-Bewegung in Österreich an national- und staatspolitischen Interessen. Desirée Verdonk (Wien) stellte fest, daß auch die bekannteste österreichische Wirtschaftszeitung „Der Österreichische Volkswirt“ in den Jahren 1918/19 aus wirtschaftlichen Gründen den Anschluß an Deutschland propagierte. Ausgehend von J. A. Schumpeters Theorie der „aktiven Symbiose“, befaßte sich Peter Berger (Wien) mit der Verteilung von wirtschaftlicher und politischer Macht in der Republik Österreich. Die kleinbürgerlich-agrarischen Parteien avancierten bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise zur politischen Vertretung des Finanzkapitals und des Unternehmertums, die danach den Ständestaat favorisierten. Zu einem ähnlichen Befund gelangte Karl Haas (Wien) in seiner Untersuchung der industriellen Interessenpolitik. Gemeinsam mit den Banken unterstützte die Industrie den Bürgerblock. Die Forderung nach einer starken staatlichen Ordnung fand ihre Entsprechung in einer von Planwirtschaft dominierten Wirtschaftsdiktatur, wie aus dem von Gertrude Enderle-Burcel (Wien) vorgelegten Referat ersichtlich wurde. Planwirtschaft bedeutete krisenbedingten Staatsinterventionismus und hatte nichts mit sozialistischer Planwirtschaft zu tun.

Eine Übersicht über die Kapitalmärkte Mittel- und Südosteuropas legte Alice Teichova (Cambridge) vor, wobei sie darauf verwies, daß bei großer Kapitalnachfrage eine ständige Knappheit an Investitionskapital herrschte. Josef Faltus (Bratislava)

berichtete über die Entstehung des Marktes in der Slowakei, wobei er anmerkte, daß aufgrund der lang andauernden halbfeudalen Ordnung die slowakische Wirtschaft in ihrer Entwicklung rückständig war. Hans Kernbauer (Wien) analysierte die Entwicklung des österreichischen Kapitalmarktes in der Zwischenkriegszeit und kam zu dem Ergebnis, daß Österreich auf ausländisches Kapital angewiesen war. Auch in Ungarn konnte die Nachfrage nach Kapital nicht befriedigt werden, wie Ágnes Pogány (Budapest) konstatierte. Die negative Zahlungsbilanz wurde mit Hilfe ausländischer Darlehen ausgeglichen. Von großer Bedeutung für die Entwicklung des Marktes in den böhmischen Ländern war die Gründung der Prager Waren- und Effektenbörse im Jahre 1871, deren Entwicklung und Bedeutung Jiří Novotný und Jiří Šouša (Prag) nachzeichneten. Auf die Kapitalumschichtungen im Zuge der Nostrifizierung wies Vlastislav Lacina (Prag) hin. Deutsches, österreichisches und ungarisches Eigentum wurde nach dem Zerfall der Donaumonarchie in den Besitz der Mehrheitsnationalität überführt. Die nostrifizierten Gesellschaften, in denen einst das österreichische Kapital dominiert hatte, wandelte man überwiegend in multinationale Unternehmen um. Jaroslav Pátek (Prag) betonte einerseits die ökonomische Abhängigkeit der Tschechoslowakei von den wirtschaftlich stärkeren, westlichen Ländern, andererseits den Vorsprung, den das Land vor den übrigen Ländern Ostmittel- und Südosteuropas besaß. Die Ausführungen von Franjo Štiblar (Universität Ljubljana) machten deutlich, daß der Beitrag Sloweniens zum jugoslawischen Kapitalmarkt gering war.

Dieter Stiefel (Wien) setzte sich mit dem Arbeitsmarkt in Österreich auseinander und kam zu dem Ergebnis, daß der Strukturwandel nach dem Ersten Weltkrieg wirtschaftspolitisch nicht zu bewältigen war. Da sich die Regierung um einen ausgeglichenen Haushalt bemühte, waren arbeitspolitischen Maßnahmen enge Grenzen gesetzt. Auch der Arbeitsmarkt in der Tschechoslowakei litt nach Václav Průcha (Prag) unter der Strukturkrise. Alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den dreißiger Jahren waren nur bedingt wirksam. Drahomír Jančík (Prag) stellte fest, daß die gegen Deutschland gerichteten Annäherungsbemühungen zwischen der Tschechoslowakei, Österreich und Ungarn aufgrund der protektionistischen Wirtschaftspolitik zum Scheitern verurteilt waren. Mit der Außenhandelspolitik der Tschechoslowakei, Österreichs und Ungarns befaßten sich auch die Referate von Zdeněk Sládek (Prag), Robert Wirtitsch (Wien) und Elisabeth Boross (Budapest). Die vom Protektionismus gekennzeichnete Wirtschaftspolitik der Nachfolgestaaten führte zu einer Desintegration Mitteleuropas. Ivan Jakubec und Eduard Kubů (Prag) thematisierten die veränderte geographische Orientierung des tschechoslowakischen Außenhandels. Die Bedeutung der Nachbarländer, insbesondere Österreichs und Ungarns, ging kontinuierlich zurück, während nach der Weltwirtschaftskrise der direkte Handel auf außer-europäischen Märkten größere Bedeutung gewann, da die Tschechoslowakei ihren Überseehandel nun verstärkt in Eigenregie abwickelte und nicht mehr über Drittländer. Zum Abschluß der Tagung referierte Margarita Dritsas (Rethymno, Kreta) über die Wirtschaftsbeziehungen Griechenlands zu Mitteleuropa, denen neben den Verbindungen zu Deutschland und Schweden besondere Bedeutung zukam.